



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/99 - 30.4.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise

Fernsprecher 21831-33

auf den Inhalt:

Fernschreiber 039.890

Entscheidende Abstimmung	S. 1
Die Konferenz in Colombo	S. 3
Verwirrung bei den Westmächten (Bericht aus Genf) -	S. 5
Widersprüche zwischen Kanzler und Staatssekretär	S. 7
Unbeantwortete Fragen in der Montan-Debatte	S. 8

Verzicht auf die unverzichtbare Saar

(sp) Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien einschließlich der FDP (hier allerdings mit einigen Ausnahmen) haben in der stürmisch verlaufenen Bundestagsdebatte am Freitag Nachmittag einen sozialdemokratischen Abänderungsantrag zur Saarfrage abgelehnt. In ihm hieß es, die am 2. Juli 1953 vom 1. Bundestag aufgestellten Grundsätze zur Behandlung der Saarfrage seien "unverzichtbar" und sollten "für die Bundesregierung weiterhin bei ihren Verhandlungen über die Saarfrage maßgebend bleiben".

Das ist die Aufgabe dieser Grundsätze, nichts anderes. Später gab Herr von Brentano recht wenig geschickt von seiner Sicht her, eine letzte zweifelbeseitigende Erklärung ab, es sei für das Parlament "unzulässig, der Bundesregierung die Hände zu binden". Carlo Schmid nagelte ihn darauf fest, daß diese These im Grunde nichts anderes sei, als das Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie. Ein Zwischenruf "Kaiser Konrad" war nur die etwas volkstümlich ironisierende Umschreibung dieses im Grunde äußerst ernstesten Tatbestandes.

Zweieinhalb Stunden hatte die CDU in der Unterbrechung der Plenarsitzung getagt, was den Grad der Verlegenheit kennzeichnet, in die sie geraten war. Noch schlimmer ging es der FDP, die ihrerseits in die unangenehmste Situation ihrer an prekären Lagen gewiß nicht armen Geschichte geraten war: Beugte sie sich der großen Koalitionsschwester und dem Kanzler, dann mußte der ohnehin schon weit verbreitete Ruf ihrer Rückgradlosigkeit neue Nahrung finden. Versagte sie sich den Wünschen dieser Kräfte, so hatte sie zwar ihren Ruf wieder etwas aufpoliert, aber das Leben in der unmittelbaren Nachbarschaft der CDU und vor allem das ihrer Minister im Kabinett wäre zur Hölle geworden. Sie entschied sich für den ersten Weg, und leistete selbst damit einen neuen Beitrag zur Unterminierung ihrer politischen Glaubwürdigkeit und ihres politischen Kredites. Wie

sich der Abgeordnete Monde aus diesem Dilemma zu ziehen bemühte, war peinlich für Freund und Gegner.

Regierung und Regierungsparteien begnügten sich aber nicht mit dieser einer Selbstenthüllung, die in der Ablehnung dieses sozialdemokratischen Abänderungsantrages lag. Aus ihren Reihen selbst war die Entschliebung vorgelegt worden, die dann auch angenommen wurde, welche den entscheidenden Satz enthielt:

"Der erste deutsche Bundestag hat durch die Entschliebung vom 2. Juli 1953 zu der Behandlung der Saarfrage Grundsätze aufgestellt. Die darin zum Ausdruck gebrachte Rechtsauffassung über das Verhältnis Deutschland zur Saar macht sich der zweite deutsche Bundestag zu eigen".

Man muß hier kurz auf den Inhalt jener damaligen Entschliebung eingehen. Sie forderte die Regierung auf, von folgenden Grundsätzen auszugehen: Das Saargebiet ist nach deutschem und internationalem Recht ein Teil Deutschlands innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937; die zur Zeit im Saargebiet bestehende Ordnung ist Bestandteil der inneren Organisation Deutschlands, welche die Besatzungsmächte in Ausübung der von ihnen vorübergehend übernommenen höchsten Gewalt eingerichtet haben. Und nun drittens: Bei Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüssen durch die Bundesrepublik im Hinblick auf das Saargebiet ist das Recht in dem Sinne wieder herzustellen, daß innerhalb des Saargebietes freiheitliche, demokratische Zustände geschaffen werden, und daß der de facto-Abtrennung des Saargebietes von Deutschland ein Ende gemacht und seine Zugehörigkeit zu Deutschland beachtet wird.

Von diesen aufgeführten Grundsätzen gehören nicht in den Bereich der "Rechtsauffassungen", also nicht zu dem Teil der Bestimmungen jener Juli-Entschliebung, die sich jetzt der 2. Bundestag zu eigen gemacht hat, die unter drei angeführten Gesichtspunkte. Hier kommt, wie gesagt, keine Rechtsauffassung zum Ausdruck, sondern hier wird ein politischer Auftrag an die Bundesregierung erteilt, sich so und nicht anders zu verhalten. Diesem Auftrag hat sich am Freitag die Bundesregierung unter der Zustimmung der Mehrheit des Bundestages entzogen. Denn der Passus mit der ausdrücklichen Erwähnung der "darin zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung" stellt ganz klar eine Einschränkung gegenüber der ursprünglichen Fassung der Entschliebung der FDP dar, wonach "die Grundsätze", das heißt alle Grundsätze jener Entschliebung zu übernehmen seien. Man hätte es also dabei bewenden lassen können, wenn man sich nicht ausdrücklich die Tür zur Flucht aus jener Verpflichtung öffnen wollte. Das ist der Sinn des ganzen, alles andere ist Tarnung der eigentlichen Absicht.

+ + +

Asien den Asiaten ?

H.P. Man hat sich nach dem zweiten Weltkrieg daran gewöhnt, als die Exponenten der Großmächte nur die Sowjetunion und die USA zu betrachten. Der Ausbruch der Kriege in Korea und Indochina und die jetzt stattfindende Genfer Konferenz, die die Aufgabe hat, über die Beendigung dieser beiden Kriege zu beraten, haben bereits gezeigt, daß es einen neuen machtvollen Faktor in der Weltpolitik gibt - die asiatischen Staaten.

Alle asiatischen Staaten, gleichgültig ob sie bereits ihre Unabhängigkeit erkämpft haben oder noch zum Kolonialreich der Westmächte gehören, haben ein gemeinsames Ziel: Sie alle fühlen sich im Bewusstsein der jüngst erworbenen nationalen Stärke und wollen auf keinen Fall dulden, länger als bloße Schachfiguren der Großmächte betrachtet und behandelt zu werden. Dort wo es der Westen verstanden hat, wie während der Zeit der Labourregierung in England, den asiatischen Völkern ihren Wunsch auf Unabhängigkeit zu erfüllen, war es dem Kommunismus versagt geblieben, die nationalen Befreiungsbewegungen für seine eigenen imperialistischen Ziele auszunutzen. Die westlichen Staatsmänner haben es verabsäumt, rechtzeitig daraus ihre Lehren zu ziehen. Es erhebt sich damit die Frage, ob es heute überhaupt noch möglich ist, das Vordringen des Kommunismus mit militärischen Mitteln seitens der westlichen Welt aufhalten zu können. Die Erfahrungen der letzten Jahre sprechen gegen diese Auffassung.

Auf diesem Hintergrund erhält die jetzt tagende Konferenz von fünf asiatischen Staaten in Colombo eine größere Bedeutung. Indonesien, Burma, Pakistan, Ceylon und Indien beraten im Grunde genommen über dasselbe Thema wie in Genf, doch gehen sie von den obengeschilderten gleichen Voraussetzungen aus. Ihre Ablehnung jeglichen Kolonialismus führt sie zu der Forderung, daß Asiens Geschicke von den Asiaten selbst entschieden werden müssen. Sie sind daher bereits eine dritte Kraft im Spiel der Weltpolitik. Dabei erkennen sie sehr genau, wie das der Ministerpräsident von Pakistan in Colombo ausdrückte, daß die Forderung eines Waffenstillstandes ein globales Problem ist, das sich nicht nur regional lösen läßt. Gerade weil die in Colombo vertretenen Staaten auch die Gefahr sehen, die ihnen durch den expansiven Kommunismus für ihre Unabhängigkeit droht, werden sie auf die weitere Entwicklung in Asien einen mindestens ebenso großen Einfluß nehmen, wie die

jetzt in Genf vertretenen. Solange die Westmächte mit dem Stigma der kolonialen Unterdrückung behaftet sind, wird es ihnen nicht gelingen, die sich mit den Kommunisten verbündeten nationalen Befreiungsbewegungen zum Stillstand zu bringen: Der Weg zur Lösung der Probleme in Genf wird also weitgehend über Ceylon führen.

Diese Erkenntnis stellt die westliche Welt vor sehr schwierige Aufgaben. Es ist besonders die amerikanische Politik der Stärke, die hier in einem echten Dilemma ist. Die amerikanischen Politiker wissen ebenso gut, wie ihre französischen und englischen Kollegen, daß sie sich militärisch und politisch nicht auf die Marionetten Tschiang Kai-schek, Bao Dai oder Syngman Rhee stützen können. Wenn man also die Politik der Stärke und der Drohungen in die Tat umsetzen will, muß man zur militärischen Intervention schreiten. Daß diese in England und Frankreich unpopulär ist, ist bekannt. Niemand sollte aber glauben, daß die Eisenhower-Regierung, die vor zwei Jahren mit dem Versprechen, den Krieg in Korea zu beenden, gewählt wurde, sich ohne weiteres eine militärische Interventionspolitik erlauben könne, zumal im November dieses Jahres die Kongreßwahlen stattfinden. Jedermann weiß heute, daß eine militärische Intervention die Internationalisierung des Krieges in Indochina bedeuten würde mit der möglichen Konsequenz eines von niemandem gewollten neuen Weltkrieges.

Wenn dagegen die USA und ihre Verbündeten die Situation als hoffnungslos betrachten und eine Zurückziehung aus Indochina erwägen, wird es nicht an Vorwürfen fehlen, dieses Land durch die berüchtigte Politik des "appeasement" dem Kommunismus überlassen zu haben.

Diese Alternative ist das Dilemma einer Politik, die nur das "Alles oder Nichts" kennt. Das shockierende an der amerikanischen Haltung ist gerade die Engstirnigkeit, mit der sie nur diese beiden Lösungen ins Auge faßt. Aus dieser Haltung heraus erscheinen Konferenzen nur unnötige Zeitverschwendung und dienen höchstens zur Konfrontation schier unüberbrückbarer Gegensätze. Das Wesen einer Konferenz ist aber nicht nur die Konfrontation, sondern über die maximalen Forderungen hinaus einen Kompromiß zu erarbeiten. Dieser Kompromiß muß in Genf erreicht werden, wenn die Gefahr des nächsten Krieges verhindert werden soll. Der Vorschlag des indischen Ministerpräsidenten Nehru, der auch von der Konferenz in Colombo gebilligt worden ist, gibt dafür eine solide Grundlage. Wenn diese mahnenden Stimmen überhört und mißachtet werden sollen, läuft der Westen Gefahr, in Asien völlig isoliert zu werden. Ein südostasiatischer Sicherheitspakt, der die nichtkommunistischen Staaten nicht einbezieht und deren politische Wünsche verneint, würde eher die Spannungen in diesem Teil der Erde vertiefen statt sie zu mindern.

Molotow dirigiert in Genf

Von unserem Sonderkorrespondenten

-tt- Genf

Moskaus Außenminister Molotow ist es dank seiner besseren Taktik und dank dem fügenlosen Zusammenspiel der Ostblock-Mächte schon nach wenigen Tagen gelungen, die Initiative auf der Genfer Ostasien-Konferenz so in die Hand zu bekommen, daß man versucht ist, von einer Ausmanövrierung der Westmächte zu sprechen. Es ist zumindest in diesem Augenblick kaum abzusehen, wie es der Westen, und vor allem die USA, werden vermeiden können, aus der Genfer Konferenz ohne eine politische Niederlage oder wenigstens ohne eine weitgehende Umkehr in ihren außenpolitischen und strategischen Zielsetzungen hervorzugehen.

Die Tatsache, daß der amerikanische Außenminister Dulles Genf nun doch schon am Montag oder Dienstag der kommenden Woche verlassen und die Leitung der US-Delegation seinem Stellvertreter General Bedell Smith übergeben wird, kann diese für den Westen sehr unerfreuliche Erkenntnis nur noch unterstützen. Wie man aus amerikanischen Delegationskreisen erfährt, betrachtet Dulles den ganzen Indochinakomplex bereits nur mehr als eine Episode, worauf ja auch die Washingtoner Erklärungen Eisenhowers hindeuten, man werde in Genf einen modus vivendi für Indochina finden müssen.

Das weitgesteckte Ziel der Amerikaner scheint es zu sein, in Genf die Voraussetzungen und Grundlagen für ein östliches Gegenstück zum NATO-Pakt zu schaffen, um den Vormarsch des Kommunismus in Asien einzudämmen. Wenn diese Vorstellung allerdings tatsächlich die Linie der amerikanischen Außenpolitik sein sollte, dann wäre die Weite des Weges von der beinahe noch druckfrischen und forschenden Erklärung des US-Vizepräsidenten Nixon bis zu der augenblicklichen amerikanischen Konzeption ebenso wenig unbeachtet zu lassen wie das außerordentliche Tempo, mit dem er zurückgelegt worden ist. Diese Schwankungen in ihrer Haltung müssen, darüber ist man sich in Genf inzwischen klar geworden, den Vereinigten Staaten in diesem so wichtigen Zeitabschnitt die Politik erschweren und das Konzept verderben. Daß man das auch in den USA selbst erkannt hat, beweist der Brief des bekannten Ostasien-Experten Professor Pfeffer in der "New York Times", wenn er von den sich selbst widersprechenden Voraussetzungen der amerikanischen Politik in Genf spricht.

Während der Ostblock unter der eindrucksvollen Führung Molotows, der ebenso eindrucksvoll von Tschu En-lai und Nam Il akkompaniert wird, ein nach außen ungetrübtes Bild der Einigkeit bietet, nimmt im westlichen Lager die Verwirrung zu. Die Amerikaner sparen nicht mit Vorwürfen gegenüber den Engländern und den Franzosen wegen deren unklaren

und nachgiebigen Haltung. Dabei sind sie in Wirklichkeit selbst viel konzilianter, als man nach der "harten" Rede von Dulles vermuten könnte. Man glaubt in Genf, daß das plötzliche Eingreifen des Saigoner US-Botschafters Heath ausschlaggebend für die ebenso plötzliche Änderung der Meinung des Vietnam-"Kaisers" Bao Dai gewesen ist, der nach anfänglich hartnäckiger Weigerung dem französischen Wunsch zugestimmt hat, seinen Vertreter zu Verhandlungen mit den Vietminhs über die Feinereinstellung in Dien Bien Phu und den Waffenstillstand in Indochina zu entsenden.

Die Franzosen selbst spielen in Genf eine bei ihrer delikaten Position allerdings beinahe verständliche tragische Rolle. Sowohl in der Pariser Nationalversammlung als auch in der französischen Bevölkerung ist der konkrete Wunsch nach Beendigung des Blutvergießens in Indochina tonangebend, wo ja nicht nur in Dien Bien Phu und im Delta gekämpft wird, sondern wo es noch viele weitere eingeschlossene französische Igelstellungen gibt, von denen gar nicht gesprochen wird.

Eine solche Schwächung der Rückendeckung im eigenen Lager muß die Position Bidaults in der hohen Politik noch weiter ungünstig beeinflussen. Sein britischer Kollege Eden befindet sich in einer ungleich besseren Lage, weil er dem amerikanischen Stirnrunzeln gegenüber auf seine doch weitgehende intakte Heimatfront hinweisen kann. Dazu wirkt sich positiv für ihn auch die veränderte Marschrichtung der Amerikaner aus, die Großbritannien jetzt dringend um Mitarbeit in der Ost-NATO bitten, während sie früher den Wunsch Londons, an der ANZUS teilzuhaben, geradezu abgelehnt hatten.

Die Sowjets haben angesichts dieser Verhältnisse im westlichen Lager mit größter Entschiedenheit ihre asiatische Karte ausgespielt, wobei sie in ihren sorgfältigen Formulierungen zugleich Rücksicht auf die Colombo-Konferenz der nichtkommunistischen Asien-Staaten nehmen. Der schon abgeschlossene Acht-Jahres-Nichtangriffspakt zwischen Indien und Sowjetchina erscheint in dieser Situation geradezu wie bestellt, um die von Molotow so emphatisch vertretene Forderung "Asien den Asiaten zu unterstützen. Daß sich der Sprecher der totalitärsten Diktatur der Geschichte zum Sprecher für die Freiheit der asiatischen Völker aufwerfen kann, kann aber nur noch als blutige Ironie bezeichnet werden.

+ + +

Höchst erstaunliches Ja

R.S. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Prof. Hallstein, hat am Donnerstag mit seinen Darlegungen über die Rechtsgrundlagen des Besatzungsrechtes in Deutschland sozialdemokratischen Kreisen die widerwillig aufgenommene Schlußfolgerung nahegelegt, daß nach Auffassung der Bundesregierung die vier Besatzungsmächte nicht verpflichtet sind, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Umso mehr muß es überraschen, daß sich noch am Donnerstag der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung erneut auf Übereinkünfte der vier Besatzungsmächte berufen hat, die allein die Teilung Deutschlands aufheben könnten.

Offenbar scheint man sich darin zu täuschen, daß die Bundesregierung jetzt endlich das Potsdamer Abkommen als juristische Grundlage für alle Bemühungen zur Wiedervereinigung ansieht. Der SPD-Abgeordnete Dr. Lütkens fragte nämlich in der Fragestunde des Bundestages am Donnerstag den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, ob mit den "Vereinbarungen (der vier Mächte) von 1945", welche die amtliche Begründung zum Bonner Vertrag aufführt, wegen der Nichtunterzeichnung des Potsdamer Abkommens durch Frankreich etwa statt des Potsdamer Abkommens nur die Berliner Viermächtedeklarationen vom 5. Juni 1945 gemeint seien. Darauf hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit "Ja" geantwortet.

-- Das ist politisch hochbedeutsam und verschärft den Gegensatz grundlegender außenpolitischer Auffassungen von Bundesregierung und Opposition beträchtlich. Diese Deklarationen, zu denen sich die Bundesregierung durch ihren Staatssekretär bekannt hat, sind nämlich vor dem Potsdamer Abkommen auf der Grundlage der Beschlüsse von Yalta entstanden. Einer der Grundgedanken des Yalta-Abkommens und der Berliner Deklarationen ist die Zerstückelung Deutschlands.

Ein offenkundiger Widerspruch fällt auf: Wenn Dr. Adenauer wirklich die Berliner Deklarationen als Grundlage des Besatzungsrechtes anerkennen sollte - wie kann er dann noch davon sprechen, daß nur auf der Grundlage eines Viermächte-Beschlusses die Einheit Deutschlands hergestellt werden kann? Dann wäre ja auf ein solches Übereinkommen zu warten, nicht nur politisch sondern auch juristisch hoffnungslos.

Das wird Dr. Adenauers Meinung nicht sein. Als er am 7. April vor dem Bundestag erstmalig die Notwendigkeit von Viermächteabkommen hervorhob, wurde allgemein angenommen, daß er damit auf die Haltung der

Sozialdemokraten zum Potsdamer Abkommen einschwenke. Im Gegensatz zur Bundesregierung haben die Sozialdemokraten nie bestritten, daß das Potsdamer Abkommen die einzige Rechtsgrundlage für Übereinkommen der Besatzungsmächte und damit die letzte Brücke zur Wiedervereinigung Deutschlands darstelle. Dr. Adenauer wird also die Auffassung seines Staatssekretärs nicht teilen, wie wir hoffen.

Aber warum hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes diese Erklärung abgegeben? Will er unter allen Umständen vermeiden, daß die Bundesregierung endlich öffentlich ihre juristische Anerkennung des Potsdamer Abkommens eingestehen muß? Will er das Eingeständnis umgehen, daß bei der Begründung des Bonner Vertrages ihm und seinem Amt das schwerwiegende Versagen unterlaufen ist, Frankreich unter die Unterzeichner des Potsdamer Abkommens zu rechnen?

Wir möchten wissen, aufgrund welcher Überlegungen Prof. Hallstein seine bemerkenswerte Erklärung namens der Bundesregierung abgegeben hat. Daß er sie erneut und deutlich, möglichst schriftlich und ausführlich für den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages wiederhole, ist vermutlich nicht zuviel verlangt.

Letztlich wäre dann dies festzustellen: Ob die Bundesregierung wirklich der vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zum Ausdruck gebrachten Auffassung ist, daß die vier Mächte keine juristische Verpflichtung haben, die Einheit Deutschlands herzustellen.

Die Sozialdemokraten würden einer solchen Feststellung scharf und leidenschaftlich widersprechen.

+ + +

Soziale Sicherheit oder Montan-Union

R.D. Am Schluß der außenpolitischen Debatte des Bundestages, die unter Bruch einer Absprache des Ältestenrates und entgegen den Wünschen der Opposition mit der Behandlung der Montan-Union gekoppelt wurde, entspann sich noch ein Reideuell zwischen dem Sprecher der Opposition, Dr. Kroissig, und dem Bundeswirtschaftsminister. Neun Stunden dauerte bereits die Plenarsitzung und der Bundeswirtschaftsminister hatte sich noch nicht bequemt, zu der Großen Anfrage der SPD und ihrer

Begründung durch den Abgeordneten Dr. Deist Stellung zu nehmen; Die Opposition hatte die Regierung gefragt, wie sich der gemeinsame Markt und die Preispolitik der Hohen Behörde auf den deutschen Kohlenbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie ausgewirkt hätten, ob sich die Erwartungen der Regierung an den Montan-Vertrag erfüllten und was die Regierung zu tun gedonke, um die Startnachteile der deutschen Wirtschaft, die Schäden und Benachteiligungen aus der Politik der Montan-Behörde auszugleichen.

Der Bundeskanzler hatte diese Anfrage entsprechend seiner Kenntnis der Materie nur mangelhaft beantwortet und der Bundeswirtschaftsminister schwieg. Nach sechsstündigem Warten griff die Opposition an. Hier einige Fakten:

Seit Errichtung des Gemeinsamen Marktes ist der deutsche Kohlen- und Stahlabsatz rückläufig. Die Koks- und Kohlenhalden wuchsen im Jahr des Gemeinsamen Marktes auf rund 10 Mio to im Unionsbereich und auf über 3 Mio to in Westdeutschland. Die Stahlerzeugung ging 1953 in der kleineuropäischen Gemeinschaft um mehr als 2 Mio to, in Westdeutschland um 350000 to zurück. An Walzstahl wurde in der Union rund 3 Mio to, in der Bundesrepublik fast 1 Mio to weniger erzeugt. Der westdeutsche Erz- und Kohlenbergbau und die Stahlindustrie entlassen Arbeiter bzw. verfahren Feierschichten. Die Ausfuhr deutschen Stahls geht zurück, die Einfuhr französischen Stahls nach Westdeutschland stieg auf das Doppelte dessen an, was die westdeutsche Stahlerzeugung weniger produzierte. Durch den Anstieg des Kohlenpreises zahlt allein der Hausbrandverbraucher künftig 170 Mio M mehr - trotz der 25 Mio M Verbilligungsscheine für Bezieher von Sozialleistungen - neben einer Montan-Umlage von 85 Mio M und der Ausgleichsumlage von 75 Mio M auf den Kohlepreis, so daß allein dem deutschen Verbraucher - neben den wirtschaftlichen Verlusten aus der rückläufigen Produktion - eine Mehrbelastung zugunsten der Union (160 Mio M) und aus dem erhöhten Kohlepreis (170 Mio M) von insgesamt 330 Mio M jährlich entstehen. Und was erhalten wir dafür zurück? Nichts - oder so gut wie nichts.

Minister Erhard hat auf diese Fragen und die konkreten Zahlen, von denen wir nur einen Auszug gaben, keine Antwort gewußt und sich

mit temperamentvollen, phrasenhaften Ausfällen begnügt.

Wir hätten noch immer Konjunktur! - die entlassenen und Feierschichten verfahrenen Arbeiter werden sich darüber wundern.

Die Auftragsgänge seien im März gegenüber dem Februar um 100 Prozent gestiegen - das ist keine Beruhigung, nachdem sie seit September 1953 konstant um 50 Prozent unter den Lieferungen lagen.

Hier zeigten sich die Auswirkungen der allgemeinen abschwächenden Weltkonjunktur nach Korea, der Abbau der Lagerbestände beim Handel und in der Verarbeitung. - Es war aber gerade eine der Begründungen der Koalition für die Annahme des Montan-Vertrages, daß die Errichtung des Gemeinsamen Marktes und der Abbau der Zollschränken eine ausgeweitete Produktion bringen und uns vor wirtschaftlichen Rückschlägen bewahren, ja, die Konjunktur erneut beleben würde. Nichts davon hat sich erfüllt und das erklärt wohl die unzureichenden Antworten des Kanzlers und die Zurückhaltung des Wirtschaftsministers gegenüber der Anfrage der SPD, die praktisch unbeantwortet blieb.

Nur eine Antwort verdient festgehalten zu werden. Sie steht im logischen Zusammenhang mit der Antwort von Regierung und Koalition auf die Saaranfrage der SPD: Wir werden an diesem Weg der Teilintegration Europas, koste es uns was es wolle, festhalten. Selbst auf die Gefahr hin, daß man uns wegen der Europäisierung der Saar in einem Kompromiß mit Frankreich in der deutschen Öffentlichkeit angreift, daß man uns wegen der Abtretung der Saar als Vaterlandsverräter diffamiert, wir werden diesen Kompromiß suchen, um Partner der westlichen Gemeinschaft zu bleiben. So argumentierte Abgeordneter Garstenmaier (CDU). Und selbst auf die von der Opposition angedeutete Gefahr hin, daß die sozialen Risiken der Montan-Union nach Deutschland verlagert werden, halten wir an der Wirtschaftsintegration fest, argumentierte Erhard, der selbst Kleineuropa für nützlicher hält, als eine soziale deutsche Wirtschaftspolitik. Das soll festgehalten werden: Vor der sozialen Sicherheit in Deutschland steht dieser Koalition noch immer das kleineuropäische klerikal-kapitalistische Kartell.

Verantwortlich: Peter Raunan